

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXVIII/132

Bonn, den 17. Juli 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

| Seite | | Zeilen |
|-----------|---|--------|
| 1 - 2 | <u>DEUTSCHER RAT FÜR STADTENTWICKLUNG.</u> Eine Forderung der Sozialdemokratie Von Dr. Lauritz Lauritzen, Bundesminister für Wohnungswesen und Städtebau | 60 |
| 2 a - 2 b | <u>"Die UdSSR ist stets bereit..."</u> Radio Moskau und der Gewaltverzicht | 84 |
| 3 | <u>Stoltenbergs Klage</u> Wissenschaftlerschwund - Ergebnis der Versäumnisse vieler Jahre. | 42 |
| 4 - 5 | <u>Regierung Wilson faßt Tritt</u> Auf dem Wege zur Liquidierung der konservativen Erbschaft Von Hans Joachim Werbke, London | 89 |

* * *

DEUTSCHER RAT FÜR STADTENTWICKLUNG

Eine Forderung der Sozialdemokratie

Von Dr. Lauritz Lauritzen,
Bundesminister für Wohnungswesen und Städtebau

Der SPD-Parteitag in Nürnberg hat einen "Deutschen Rat für Städtebau" gefordert. In dem vom Parteitag beschlossenen "Beitrag der SPD zu aktuellen Problemen der deutschen Politik" heißt es in dem Abschnitt, der sich mit dem Wohnungswesen und dem Städtebau befaßt:

- * "Nach den bewährten Vorbildern des Deutschen Bildungsrates, des Wissenschaftsrates und des Konjunkturrates ist ein Deutscher Rat für den Städtebau zu bilden, dem Vertreter von Bund, Ländern und Gemeinden und der Wissenschaft angehören."

Der neue Referenten-Entwurf eines "Städtebauförderungsgesetzes", der in meinem Ministerium jetzt fertiggestellt worden ist, sieht vor, einen Deutschen Rat für Stadtentwicklung gesetzlich zu verankern. Er ist dem Konjunkturrat zu vergleichen, der seine gesetzliche Grundlage im Stabilitätsförderungsgesetz hat.

Die Aufgaben und Zuständigkeiten auf dem Gebiete der Erneuerung und Entwicklung der Städte und Dörfer sind zwischen Bund, Ländern und Gemeinden geteilt. Eine koordinierende Institution fehlt bisher. Darüber hinaus ist eine Koordinierung des staatlichen Bereichs mit der Wissenschaft, den gesellschaftlichen Kräften und den Praktikern außerhalb der öffentlichen Verwaltung, insbesondere den Architekten, erforderlich.

Ohne eine koordinierende Institution lassen sich die großen Aufgaben auf dem Gebiete der Erneuerung und Entwicklung der Städte und Dörfer, die für die Lebensverhältnisse und für die Umweltgestaltung in Gegenwart und Zukunft von entscheidender Bedeutung sind, nicht meistern.

Auch in anderen Industriestaaten hat sich eine solche

Institution als notwendig erwiesen. So hat in den USA Präsident Johnson erst vor wenigen Monaten einen Nationalen Ausschuß für Städtefragen gebildet, an dessen Spitze der frühere Senator Paul Douglas steht. Ihm obliegt es insbesondere, die geltenden Baugesetze und ihre Handhabung zu prüfen und Empfehlungen auszuarbeiten. Bereits im Juni 1967 hatte Präsident Johnson einen speziellen Ausschuß zur Slumsanierung berufen, dem Industrielle, Bankiers, Gewerkschaftsführer und Städtebauexperten angehören.

Der Deutsche Rat für Stadtentwicklung soll den parlamentarischen Vertretungen und der Verwaltung in Bund, Ländern und Gemeinden helfen, ihrer Verantwortung auf dem Gebiete der Erneuerung und Entwicklung der Städte und Dörfer gerecht zu werden. Er hat die Aufgabe, die städtebauliche Entwicklung in ihren planerischen, technischen, rechtlichen, wirtschaftlichen, finanziellen, sozialen und gesellschaftspolitischen Auswirkungen zu verfolgen, Fehlentwicklungen vermeiden zu helfen und dazu beizutragen, daß die Ergebnisse der Forschung für die politische und administrative Praxis nutzbar gemacht werden. Die Vielfältigkeit der Probleme bei der Entwicklung und Erneuerung der Städte und Dörfer und ihre Verflochtenheit mit zahlreichen Lebensbereichen macht es erforderlich, daß alle Maßnahmen auf diesem Gebiet sich an einer Vorausschau auf die künftige Entwicklung orientieren.

Es gibt bereits eine Reihe von Gremien, die auf anderen Gebieten ähnliche Aufgaben wahrnehmen, wie sie der Deutsche Rat für Stadtentwicklung übernehmen soll: Bildungsrat, Bundesgesundheitsrat, Finanzplanungsrat, Konjunkturrat, Ministerkonferenz für Raumordnung, Wissenschaftsrat. Diese Institutionen haben sich, ob sie nun wie der Wissenschaftsrat bereits längere Zeit bestehen oder erst kürzlich gebildet worden sind wie der Konjunkturrat und der Finanzplanungsrat, als unerläßliche Instrumente des kooperativen Föderalismus unter den Bedingungen des modernen Industriestaates erwiesen.

Der Deutsche Rat für Stadtentwicklung soll eine Lücke schließen, die bisher noch im System der vergleichbaren Institutionen besteht.

"Die UdSSR ist stets bereit..."

Radio Moskau und der Gewaltverzicht

sp - Radio Moskau hat am 15. Juli 1968 in deutscher Sprache einen Kommentar zur Problematik des Gewaltverzichts gesendet, der mit folgenden bemerkenswerten Sätzen beginnt:

- * "Die UdSSR ist stets bereit, einen beliebigen Vorschlag zu
- * erörtern, der zum Frieden beiträgt, von wem immer er auch aus-
- * gehen mag. Deswegen wurde bei uns der Vorschlag der Regierung
- * der BRD, Erklärungen über einen Gewaltverzicht in den Beziehungen
- * zur UdSSR und anderen europäischen sozialistischen Ländern aus-
- * zutauschen, mit Interesse aufgefaßt. Um so mehr, als in Bonn
- * dieser Schritt als der Auftakt zu einem neuen Kurs gegenüber Ost-
- * europa, dem Kurs auf eine Versöhnung mit den sozialistischen
- * Ländern, hingestellt wurde. Darüber wurden Meinungen ausgetauscht."

Der Verfasser dieses Kommentars fragt jedoch, was ein Austausch von Erklärungen über Gewaltverzicht wert sei, wenn man in Bonn ständig erkläre, man wolle sich nicht auf eine Anerkennung des Status Quo in Europa einlassen oder wolle sogar den Status Quo sprengen.

Es folgt dann die Aufforderung an die Bundesrepublik, sie möge ihre Gewaltverzichtserklärungen "mit Taten untermauern", u.a. die jetzt bestehenden Grenzen in Europa endgültig anerkennen, den Alleinvertretungsanspruch aufgeben und das Münchner Abkommen "von Anfang an für ungültig erklären". Alle diese Forderungen werden in Form von Fragen erhoben, von deren Beantwortung der Kommentator von Radio Moskau sich überhaupt erst einen Sinn von Gewaltverzichtserklärungen verspricht.

Uns will scheinen, daß man in Moskau noch nicht gemerkt hat, was die Bundesregierung zu allen diesen Fragen bereits mehrfach erklärte.

Die Bundesregierung hat mit ihrem Angebot zum Austausch von Gewaltverzichtserklärungen feierlich versichert, sie respektiere die jetzt in Europa bestehenden Grenzen und wolle diese nicht mit Gewalt verändern; einschließlich der Grenzen der DDR.

Was die von Moskau geforderte "Anerkennung der DDR" anbetrifft, so ignoriert man wohl, daß die Bundesregierung mehrfach erklärt hat, sie sei bereit, mit den Vertretern der Regierung in anderen Teil Deutschlands Vereinbarungen zu treffen, die im Interesse des Zusammenhaltes aller Deutschen liegen und dem Ziel der Entspannung zwischen beiden Teilen Deutschlands dienen können.

Was man jedoch von der Bundesrepublik nicht erwarten kann und was selbst in Ostberlin nicht verlangt wird, ist dies: Eine

Anerkennung der DDR als "Ausland" im Sinne völkerrechtlicher Normen. Auch in Ostberlin betrachtet man die in beiden Teilen Deutschlands lebenden Deutschen als Angehörige e i n e r Nation. Es wäre also absurd, wenn die eine oder die andere Seite sich gegenseitig als "Ausland" behandeln, oder bezeichnen würde.

Die Bundesrepublik hat keinen Alleinvertretungsanspruch für ganz Deutschland angemeldet. Sie ist aber laut Grundgesetz verpflichtet, die Interessen der im Bereich des Grundgesetzes wohnenden Deutschen wahrzunehmen und auch diejenigen Deutschen zu betreuen, die sich freiwillig im Gültigkeitsbereich des Grundgesetzes aufhalten.

Atomare Ansprüche hat die Bundesrepublik nicht. Seit 1954 hat sie freiwillig auf die Herstellung und den Einsatz von Atomwaffen in eigener Machtbefugnis verzichtet. Dieser Verzicht erstreckt sich auch auf die Herstellung und den Einsatz von biologischen und chemischen Waffen.

Die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Westberlin sind keine - wie es in dem Kommentar heißt - "Anmaßung". Sie bestehen auf der Grundlage der Vereinbarungen der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges, zu denen auch die Sowjetunion gehört.

Das Münchener Abkommen wurde von der Bundesregierung offiziell als das Ergebnis eines durch Hitler erfolgten Gewaltaktes bezeichnet. Wie alle Gewaltakte Hitlers wurde auch das Münchener Abkommen von der Bundesregierung als nicht mehr gültig deklariert.

Was die Bundesregierung nicht kann und was man sicher von ihr auch nicht erwartet, ist die nachträgliche juristische Rechtfertigung der Vertreibung von fast drei Millionen Deutschen aus dem Gebiet der damaligen CSR. Durch eine solche nachträglich juristische Rechtfertigung des Geschehens nach 1945 würden die M e n s c h e n, um die es hierbei geht, aller noch zu regelnder zivilrechtlicher Ansprüche verlustig gehen.

Im Übrigen sei aber darauf verwiesen, daß man gerade in der Sowjetunion Verständnis für die saubere und korrekte Lösung von Nationalitätenproblemen haben müßte. Man hat sie dort praktiziert und betont oft genug, darauf stolz zu sein. Auch in der CSSR beginnen die dort verbliebenen tschechoslowakischen Staatsbürger deutscher Nationalität mit Unterstützung offizieller Stellen, den von der Bundesrepublik eingenommenen Standpunkt zu verstehen und zu respektieren.

Zusammenfassend ist zu sagen: Die Situation in Europa wird nicht besser, wenn man in Moskau und auch anderenorts immer wieder versucht, die Bundesrepublik Deutschland als den Störenfried darzustellen, aus dessen Verhalten angeblich jedes nur erdenkbare Übel entsteht. Die Politik des Gewaltverzichts der Regierung der Bundesrepublik Deutschland wird von der überwältigenden Mehrheit unseres Volkes gut geheißen. Sie entspricht dem Willen des deutschen Volkes, einen Beitrag zur Erhaltung des Friedens in Europa zu leisten.

Sollte man das bei Radio Moskau noch nicht wissen ?

Stoltenbergs Klage

Wissenschaftlerschwund - Ergebnis der Versäumnisse vieler Jahre

sp - Bundesforschungsminister Stoltenberg ist nicht zu beneiden. Die Zahlen, die er über die Abwanderung deutscher Wissenschaftler ins Ausland nannte, sind zwar nicht neu, bleiben aber doch erschreckend. Der Minister hat auch einige Gründe für die Abwanderung deutscher Wissenschaftler genannt: Übermäßige Bürokratisierung des Universitätsbetriebes, mangelnde Forschungsaufgaben auf lange Sicht und nicht zuletzt natürlich auch die Bezahlung und die im Verhältnis zum Ausland geringen Aufstiegschancen.

Der Forschungsminister muß nun versuchen, die Versäumnisse vieler Jahre aufzuarbeiten. Das dürfte nicht einfach sein, denn in den Universitätsstädten pfeifen es die Spatzen von den Dächern, daß die meisten hochqualifizierten Wissenschaftler - besonders der technischen Disziplinen - oft schon während ihrer Assistentenzeit die Fühler zu ausländischen Universitäten ausstrecken oder von diesen mit lohnenden Angeboten umworben werden.

Es hilft uns nicht viel weiter, wenn wir heute jammern und - so berechtigt das wäre - auf Vorschläge verweisen, die von der Sozialdemokratie schon vor mehr als einem Jahrzehnt zur Verbesserung des gesamten Forschungswesen an unseren Universitäten gemacht wurden. Damals hat die CDU diese Vorschläge ignoriert und sich hinter dem magischen Wort ihres Altmeisters Adenauer verschanzt: "Keine Experimente". Unterstützung fand die CDU zum Teil damals auch noch von einer Professorgeneration, die sich aus dem Zweiten Weltkrieg in die neue deutsche Demokratie hinübergerettet hatte und aus verständlichem Selbsterhaltungstrieb allen Änderungsvorschlägen für ein moderneres Forschungswesen abhold war.

Die Situation hat sich grundlegend geändert. Heute ist die Generation der 40-jährigen am Zuge, eine Generation, die sich nicht in falsch verstandene Traditionen verspielt und die dort ihren Platz sucht, wo sie, entsprechend ihren Fähigkeiten, volle Entfaltung zu finden glaubt. Über das Schlagwort "Keine Experimente" lacht diese Generation nur und verschweigt lediglich aus Höflichkeit, was sie davon hält.

An den deutschen Universitäten, aber auch bei den Kultusministerien der Bundesländer, wird man sich - gemeinsam mit dem Bundesforschungsminister - einen gewaltigen Ruck geben müssen, um die Sünden der Vergangenheit auszuräumen. Es ist zu hoffen, daß der Bundesforschungsminister bald konkrete Vorschläge zum Stop der Abwanderungswelle deutscher Wissenschaftler ins Ausland vorlegt und hierbei auch mit Gruppen der Industrie und der Gewerkschaften zusammenarbeitet, die schon seit langem bereit sind, der deutschen Wissenschaft zu helfen.

Regierung Wilson fasst Tritt

Auf dem Wege zur Liquidierung der konservativen Erbschaft

Von Hans Joachim Werbke, London

Labour trägt den Kopf wieder hoch. Es scheint, als sei in diesen Tagen ein Wendepunkt erreicht. Premierminister Wilson, der sich längere Zeit größte Zurückhaltung bei öffentlichem Auftreten auferlegt hatte, gab das Signal zum Angriff auf die Tories. Die Regierungspartei hörte es und sammelte sich zu neuen Stechen. Vergessen oder wenigstens gnädig verdeckt sind die Narben, die Nachwahl- und Kommunalwahl-Niederlagen hinterliessen; aufgehoben oder nur aufgeschoben ist der Bruderstreit, der vor allem um die Prinzipien des Preis- und Einkommen-Gesetzes geht; mit ungewohnter Milde sahen die Parteigremien Ex-Energieminister Ray Gunter seinen Ausflug ins Fernsehen nach, wo er, unverblümt als andere, die Frage anschnitt, ob nicht der Zeitpunkt für eine parteiinterne Diskussion der Führerfrage gekommen sei.

Die Partei gab die Antwort. Das Kriegsbeil, das fast jeder gegen fast jeden schwang, wurde schleunigst wieder eingegraben. Die auf den Oppositionsbänken gegenüber sitzenden Tories zerrieben sich untereinander über die einzunehmende Haltung zum Antirassendiskriminierungsgesetz. Als 46 Tories gegen den Fraktionsstachel löckten und die Reputation von Edward Heath als Führer der Konservativen entsprechend geschädigt war, erkannten die Regierungsbänke den taktischen Vorteil. Hauptstaatsanwalt Silkin brauchte nur auf das Schauspiel der Uneinigkeit zu verweisen - und Frieden zog in die Herzen der Labourmänner.

Beim Wahlkampf in Südwales hatte Harold Wilson zuvor den sich in düsteren Wirtschaftsprognosen ergehenden Tories und ihren Freunden im Establishment von Handel und Finanz das Wasser abgegraben. Offenbar in Vorwegnahme der Handelszahlen für Juni, die das Handelsministerium zu veröffentlichen sich anschickte, und wohl auch im Vertrauen auf den geplanten Bereitschaftskredit der internationalen Zentralbanken zur langfristigen Absicherung des Pfundes Sterling, zitierte er aus einem amerikanischen Befund zur britischen Wirtschaft den Begriff des "britischer Wirtschaftswunders".

Solchermassen abgesichert gegen den Vorwurf, er könnte erneut zur Unzeit zu viel Optimismus gezeigt haben, konnte er getrost der weiteren Entwicklung entgegensehen. Sie brachte frohe Kunde aus Basel. Ein Zwei-Milliarden Dollar-Polster wird dem Pfund Sterling - und dem internationalen Handel - zugute kommen, wenn nach Konsultationen Londons mit seinen Partnern im Sterling-Gebiet die Gewähr gegeben ist, daß die Fluktuation bei den Sterlingeinlagen der Sterlingländer wieder einer ruhigeren Finanzgebarung Platz macht. (Das Sterling-Gebiet, früher Sterling-Block genannt, umschließt solche Länder, die Sterling als die natürliche Währung für internationale Transaktionen ansehen und ihre zentralen Währungsreserven in London unterhalten. Außer Kanada und Rhodesien gehört das ganze Commonwealth dazu sowie Irland, Island, Jordanien, Kuwait, Libyen,

die Protektoratsscheichtümer am Persischen Golf, Westsamoa, Südafrika nebst Südwestafrika - alles in allen: ein Viertel des Welthandels.)

Am vergangenen Wochenende setzten sich rund dreißig Teams, bestehend aus Beamten des Finanzministeriums und der staatlichen Bank von England, in Bewegung. Sie sollen gegen das Versprechen, daß das Pfund nicht noch einmal abgewertet wird, das Gegen-Versprechen einhandeln, daß die Londoner Sterlingguthaben (geschätzt auf 1,7 Milliarden Pfund) nicht in Dollars konvertiert werden. Nach der Rückkehr der Arbeitsgruppen wird in Whitehall die Bilanz gezogen. Sollten die Sterlinggläubiger, wie man annimmt, in die ausgestreckte Hand der Briten einschlagen, so wird auf der nächsten Zusammenkunft der Zentralbankiere im September der Bereitschaftskredit im Detail fixiert. Statt der zwei Milliarden Dollar, von denen Bankgouverneur Sir Leslie O'Brien sprach, würden manche Wirtschaftler lieber einen höheren Kredit, etwa in der Größenordnung von sieben Milliarden Dollar, bereitgestellt sehen. Das wäre für eine Dekade nicht nur ein wirklich stabiles Polster, das jeden Spekulanten abschreckte. Es würde auch jede Versuchung auf Seiten der Regierung abschrecken, daß der Kredit angebrochen wird und die daraus gezogene Summe auf den englischen Schuldenberg gestürzt wird; er wird mit 6,7 Milliarden Dollar beziffert, von denen 1,4 Milliarden Dollar, gezogen im Juni dieses Jahres vom Internationalen Währungsfonds, 1975 fällig sind; 3,3 Milliarden Dollar bis 1975; und schätzungsweise zwei Milliarden Dollar, über die nichts weiter bekannt ist, als daß sie Schulden gegenüber den Zentralbanken sind, entstanden durch Swapkredite.

Wenn man die Belastungen sieht, die Britannien als dem Zentralbankier des Sterlinggebiets entstehen, begreift man den Wunsch mancher Wirtschaftler und Labourabgeordneten, sich diesen Mühlstein vom Hals zu schaffen (sehr bildlich sagte ein Mann aus dem Finanzministerium: wie die Abraumhalden von Aberfan hänge über dem Markt die Gefahr des plötzlichen Zurückziehens der Sterlingeinlagen.) Das Pfund als Leitwährung paßt zwar zu der britischen Weltrolle in spätviktorianischen Tagen, die aber - spätestens - 1945 ausgespielt war.

Es wird der Labourregierung nach der Konvertierung Wilsons zum "Europäer" zufallen, diesen Relikt aus der Epoche des Imperialismus den Abschied zu geben. Schatzkanzler Jenkins, ein Pro-Europäer, ist für eine derartige Aufgabe der rechte Mann. Es ist übrigens nur die nächste logische Stufe im Europäisierungsprozeß von Labour. In der Verteidigungspolitik ist er schon weitgehend glückt, wie das Ergänzungsweißbuch zur Verteidigung, das vorige Woche herauskam, mit Nachdruck auswies.